



Donnerstag, 4. Juli 1974

Blatt 1673

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat: Rechnungsabschluß

Lokal:
(orange)

Internationale Rosenschau auf der WIG 74 eröffnet
Vandalen im Kinderfreibad waren Kinder
Mehr als 340 "einarmige Banditen" beschlagnahmt

Kultur:
(gelb)

Stephansplatz: Drei römische Gräber gefunden
Das dritte Internationale Jugendmusikfestival be-
ginnt
Stadtparkgalerie: "Signale, Zeichen, Symbole"

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Kultur:Das dritte Internationale Jugendmusikfestival beginnt
=====

Wien, 4.7. (RK) Mit der Eröffnung auf dem Wiener Rathausplatz durch Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz beginnt Samstag, den 6. Juli, um 17.30 Uhr das dritte Internationale Jugendmusikfest in Wien. Vor der Eröffnung wird bereits die Jugendblaskapelle aus Kindberg in der Steiermark um 15 Uhr auf der Gartenterrasse des Schlosses Schönbrunn der Wiener Bevölkerung ein Ständchen darbringen.

Am heurigen Jugendmusikfest nehmen insgesamt 1.400 Jugendliche aus neun Ländern teil. Das Musikfest, das zwei Wochen dauern wird, gliedert sich in ein Jugendblasorchester-Festival vom 6. bis 10. Juli und eine Reihe von Orchester- und Chorkonzerten in der Zeit vom 12. bis 19. Juli. Neben zahlreichen Aufführungen in Wien - auf dem Rathausplatz, im Arkadenhof des Wiener Rathauses, in der WIG-Kurhalle, in den Sofiensälen, im Großen Sendesaal des ORF und in verschiedenen Wiener Kirchen - werden die zahlreichen jugendlichen Musikensembles auch in Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark Vorstellungen geben. Neben den Konzertveranstaltungen werden Wettbewerbe für Solisten, Wertungsspiele für Blasmusikkapellen, ein Singfest für Chöre und Orchesterseminare abgehalten. Die künstlerische Leitung dieser Veranstaltungen hat für die Chöre Lara Hoggard und für die Orchester Karl Österreicher übernommen. Den Solisten winken als Preise Stipendien, die beste Blasmusikkapelle wird mit dem Preis der Stadt Wien ausgezeichnet.

Im Rahmen des in der ersten Woche stattfindenden Jugendblasorchester-Festivals wird Montag, den 8. Juli, die Blasmusikkapelle aus Koszalin (Polen) um 11 Uhr auf dem Wiener Rathausplatz Bürgermeister Leopold Gratz ein Ständchen darbringen und um 15 Uhr wird die Harvey High School-Band Altbürgermeister Felix Slavik in der Linzer Straße 452 aufwarten, ebenfalls um 11 Uhr die Saratoga High-School-Band im Hof des Niederösterreichischen Landhauses für Landeshauptmann Andreas Maurer aufspielen. Am Mittwoch, dem 10. Juli, schließlich, bringt die Brookings High School-Band Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner ein Ständchen dar.

Kultur:Stadtparkgalerie:"Signale, Zeichen, Symbole"

=====

Wien, 4.7. (RK) Donnerstag, den 11. Juli, wird Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner die Stadtparkausstellung 1974 unter dem Motto "Signale, Zeichen, Symbole" eröffnen. Die Ausstellung hat sich zum Ziel gesetzt, vor allem Plastiken und Objekte mit zeichenhaftem Charakter vorzustellen. Unter den Künstlern, die in der heurigen Galerie im Grünen im Stadtpark ausstellen werden, sind unter anderem Will Frenken, Oskar Höfinger, Karl Prantl, Valie Export, das Atelier Krätschmer und Schwarzenberger und Peter Piller.

Geehrte Redaktion!

Die Vertreter der Presse sind zu einem Presseempfang am Donnerstag, dem 11. Juli, um 11.30 Uhr, in der Meierei Hübner im Stadtpark herzlich eingeladen.

+++

Wiener Gemeinderat

=====

Rechnungsabschluß

Wien, 4.7. (RK) Donnerstag trat der Wiener Gemeinderat zu seiner vorletzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Zu Beginn teilte Bürgermeister Gratz mit, daß drei Anfragen der FPÖ eingebracht wurden sowie ein FPÖ-Antrag betreffend die Umwidmung einer Kleingartenanlage zwischen Matzleinsdorfer Platz und Meidlinger Unfallspital und ein Antrag der Bezirksvertretung 9 betreffend Einspruchsmöglichkeit bei Bauvorhaben in Fragen der Umweltqualität. Anfragen und Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Zu dem auf der Tagesordnung stehenden Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1973 sowie den Kontrollamtsberichten für das Jahr 1973 und der Geschäftsgebarung der Bauring Wien Ges.mBH. und den Einschauberichten des Rechnungshofes über die Gebarung der Bundeshauptstadt, der Wiener Hafentreibgesellschaft und der Zentralsparkasse erstattete Finanzstadtrat Mayr (SPÖ) seinen umfassenden Bericht. Zum Rechnungsabschluß erklärte der Redner, daß das günstige Ergebnis - den tatsächlichen Einnahmen von 24 Milliarden 274 Millionen stehen Ausgaben von 25 Milliarden 982 Millionen Schilling gegenüber - mehrere Ursachen habe: Einerseits die Umstellung auf die Mehrwertsteuer und andererseits die Stabilisierungsmaßnahmen. Die Stabilisierungsbemühungen hätten jedoch der Wiener Wirtschaft keinen Schaden gebracht. Die Vollbeschäftigung sei erhalten geblieben. Als positive Wirkung sei insbesondere zu verzeichnen, daß Wien von allen österreichischen Ballungszentren das niedrigste Preisniveau habe.

Zum Bericht des Rechnungshofes über die Überprüfung der Zentralsparkasse erklärte Mayr, daß neben Kritik an einigen Vorfällen - wie etwa die Beteiligung an der Realitätenverwertungsgesellschaft mbH. - die positiven Aspekte der Tätigkeit ausdrücklich gewürdigt werden.

Die Überprüfung der Hafenbetriebsgesellschaft, die fallweise bis zu deren Gründung im Jahre 1962 zurückreichte, habe den Rechnungshof zu einer sehr maßvollen Kritik veranlaßt. Die seinerzeit in Zeitungen gemachten "Enthüllungen" wären damit wesentlich übertrieben gewesen. Mayr wies darauf hin, daß die Kritik des Rechnungshofes an der früheren Geschäftsleitung sehr scharf ausfalle, daß hingegen der neuen Geschäftsführung ernsthaftes Bemühen bescheinigt werde, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Bemängelt wurde vor allem die Investitionstätigkeit im Hafen selbst, mangelnde Planung der Baudurchführungen, Kostenüberschreitungen und Eigenmächtigkeiten des seinerzeitigen Geschäftsführers.

Zum Rechnungshofbericht über die Hoheitsverwaltung sagte Mayr, daß die Prüfung sich nicht nur auf formale und ziffernmäßige Betrachtung beschränkte, sondern auch die Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften einschloß. In den verschiedensten Bereichen ergaben sich gegensätzliche Auffassungen zwischen Rechnungshof und Hoheitsverwaltung. Diese Diskussion sei aber durchaus positiv, sie liefere den Anstoß, bestimmte Probleme neu zu überdenken.

Der öffentlich zur Einsicht aufgelegte Bericht habe nur einen Gemeindegänger veranlaßt eine "Erinnerung" einzubringen. Sie betrifft die Altenbetreuung und die Krankenanstalten.

Stadtrat Mayr nahm dann zum Kontrollamtsbericht Stellung und führte einige Beispiele von Beanstandungen an, die im besonderen unvollkommene Planung, widmungswidrige Verwendung von Baukrediten und ungerechtfertigte Überschreitungen betrafen. Unter anderem traf dies auf das Schafbergbad, das Stadthallenbad und das Hallenstadion zu. Beim Vergleich der Berichte des Rechnungshofes und jenen des Kontrollamtes falle ein wesentlicher Unterschied auf. Während dem Rechnungshof Gendarstellungen vorgelegt werden konnten, war dies beim Kontrollamt nicht der Fall. Es wäre daher sinnvoll, auch hier den Kritisierten die Möglichkeit zu geben, gegenüber dem Kontrollamt Stellung nehmen zu können. Das würde die Meinungsbildung wesentlich erleichtern.

Der Mißerfolg des Bauring

Schließlich nahm Stadtrat Mayr ausführlich zum Kontrollamtsbericht über die Geschäftsgebarung der Bauring Wien Ges.m.b.H. Stellung: Er wolle den Mißerfolg des Bauring weder verniedlichen, noch wolle er davon ablenken, sagte Mayr. In den vergangenen zehn Jahren seien in Wien aber 2.400 Firmen in den Konkurs oder in den Ausgleich gegangen. Mit diesem Hinweis wolle er nur verdeutlichen, daß man auf dem Gebiet der Wirtschaft keine Schwarz-Weiß-Malerei betreiben könne - nämlich in dem Sinne, daß öffentliche Wirtschaft grundsätzlich schlecht und private Wirtschaft grundsätzlich gut seien. Der Bauring habe zweifellos einen eklatanten Mißerfolg erlitten. Dazu habe eine Vielfalt von Komponenten geführt, die vom Kontrollamt im einzelnen angeführt werden: Fehlende Übersetzung des arabischen Textes der Verträge ins Deutsche; Vorrang der arabischen Sprache für die Vertragsauslegung; Gerichtsstand in Riyadh, Heranziehung der - weitgehend unbekanntem saudi-arabischen Gesetze und Judikatur; fehlende Verpflichtung des Auftraggebers zur gleichen Endabrechnungsmodalität wie der Auftragnehmer; erforderlichenfalls Einsatz anderer Baugeräte als vorgesehen; gegebenenfalls Ablehnung von Subunternehmern durch den Auftraggeber; Bestimmung über die Bestechung von Regierungsbeamten mit nachfolgender Stornierung der Aufträge und Konfiskationen; undeutlich zum Ausdruck gebrachte Kündigungsgründe mit allen Folgen; Garantiebestimmungen; Fixpreisklausel und schließlich ungeklärte Frage der Doppelbesteuerung.

Alle diese Gründe in der Summe hätten zu dem Mißerfolg geführt. Mayr wiederholte die im Kontrollamtsbericht **genannten** zu erwartenden Verluste für den Flugplatzbau mit 388 Millionen und für den Straßenbau mit 166,5 Millionen Schilling. Durch den Verzicht des Auftraggebers auf Pönale und Anerkennung von Baupreiserhöhungen könnten diese Verluste für den Flugplatz um 111 Millionen und für den Straßenbau um 55 Millionen verringert werden. Diesbezügliche Verhandlungen mit den arabischen Regierungsstellen seien im Gang.

Mit Recht werde nun die Frage gestellt, erklärte Mayr, welche Konsequenzen gezogen werden. Er könne nur wiederholen, was Bürgermeister Gratz bereits angekündigt habe: Die Staatsanwaltschaft

wird an Hand des Kontrollamtsberichtes über strafrechtliche Maßnahmen zu entscheiden haben. Zweitens habe die jetzige Geschäftsführung zu untersuchen, ob und in welcher Weise zivilrechtliche Forderungen an die frühere Geschäftsleitung möglich seien.

Um in Zukunft solche Fehlentwicklungen zu unterbinden, sei es zur Gründung der Holding-Gesellschaft gekommen. Damit werde eine Entwicklung eingeleitet, nach der die Kontrolle durch das höchste Organ, nämlich den Wiener Gemeinderat, möglichst umfassend sein werde. Eine Genehmigungspflicht für vorgesehene Auslandsgeschäfte werde bestehen.

Mayr stellte dann ausdrücklich fest, daß ein Konkurs des Bauring nicht in Frage käme. Es gehe dabei nicht nur um das Schicksal der 4.000 Beschäftigten und deren Familien, sondern auch um weite Kreise der Wirtschaft. Bei einem Konkurs würde nicht nur die Stadt Wien das Vermögen verlieren, daß der Bauring darstelle, sondern würden auch zahlreiche andere Unternehmer betroffen sein. Um den Bauring vor dem Niedergang zu bewahren, sei eine rasche finanzielle Hilfe notwendig. Die Einladung zur Kooperation und Beteiligung an private Firmen bleibe voll aufrecht.

Abschließend stellte Mayr fest, daß Fehlleistungen und Verluste im Bereich der kommunalen Wirtschaft möglich seien. Unmöglich sei es aber, solche Dinge zu verschleiern oder zu verheimlichen. Und diese Kontrolle werde vor allem von der Mehrheit im Rathaus ermöglicht. Die Rathausmehrheit werde durch diese Kontrolle nicht belastet, sondern wünsche sie und fördere sie.

Debatte über Bauringbericht des Kontrollamtes

Die Debatte über den Bauringbericht des Kontrollamtes wurde von GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) eröffnet, der eingehend die Bedeutung des Kontrollamtes als Organ der Wiener Stadtverwaltung unterstrich. Der Bauring-Bericht enthalte jedoch leider nur die Hälfte des gesamten Geschäftsbereiches des Bauringes. In diesem Zusammenhang stellte er den Antrag, das Kontrollamt möge dem Gemeinderat einen ergänzenden Bericht über die Apartementbauprojekte und andere unbekannte Geschäfte des Bauringes vorlegen.

Zur Pleite des Arabiengeschäftes: Diese sei vor allem auf die Naivität und Unerfahrenheit der Bauleitung zurückzuführen, die ohne Kenntnis der Marktlage und der örtlichen Boden-

verhältnisse in dieses Geschäft einstieg. Ohne entsprechend zu kalkulieren, habe man sich anscheinend bei dem Riesenprojekt des Flugplatzes von immerhin 700 Millionen lediglich auf die Schmiergelder in der Höhe von 210 Millionen Schilling verlassen.

Zwischenfall

Um 10.30 Uhr kam zu einem unerwarteten Zwischenfall, der zu einer zehnminütigen Unterbrechung der Gemeinderatssitzung führte. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erlitt während seines Debattenbeitrages einen Kreislaufkollaps. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher leistete Erste Hilfe. Nach Verabreichung eines kreislaufstärkenden Medikaments erholte sich Dr. Hirnschall jedoch rasch wieder. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach zunächst in Fortsetzung der Debatte Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) der Doktor Hirnschall baldige Genesung unter dem allgemeinen Beifall des Gemeinderates wünschte.

Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) beklagte, daß - wie er es nannte - die Pleiten, Fehlplanungen und Skandale von der Rathausmehrheit auch in diesem Jahr in einem Schnellverfahren durch den Gemeinderat durchgepeitscht würden. 240 Punkte, die an zwei Tagen erledigt werden müssen, seien der beste Beweis dafür. Die endgültige Fassung des Rechnungshofberichtes über die Hoheitsverwaltung und über die Zentralsparkasse seien schon seit vielen Monaten vorgelegen. Bürgermeister Gratz, der wiederholt erklärt hatte, er werde dafür sorgen, daß die Mitglieder des Gemeinderates alle Unterlagen möglichst frühzeitig erhalten, sei dadurch widerlegt.

Das Saudi-Arabien-Geschäft des Bauringes sei das größte Wirtschaftswdebakel, das die Stadt Wien je erlebt habe und sei ausschließlich durch das Verschulden der Rathausmehrheit entstanden.

Die ÖVP habe 1962, als die Intercommerce gegründet wurde, vehement gegen diese Neugründung Stellung bezogen. Der damalige Finanzstadtrat Slavik habe argumentiert, daß durch diese neue Firma zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden und daß es keine Schande sei, wenn eine Firma, die der Stadt gehöre, Exportgeschäfte mache. Was daraus entstanden ist, spüre jetzt jeder Wiener Steuerzahler sehr schmerzlich, Slaviks Prophetie sei geradezu ein Hohn.

Abgesehen davon, daß beim Saudi-Arabien-Geschäft gegen die Statuten verstossen wurde, daß ohne Genehmigung des Aufsichtsrates ein Milliardenauftrag übernommen wurde, habe es bei diesem Unternehmen nur Dilettantismus, grobe Fahrlässigkeit und Leichtfertigkeit gegeben. Allein der bei Vertragsabschluß festgesetzte Fixpreis habe einen Verlust von rund 100 Millionen Schilling gebracht. Die Beschäftigung unfähiger Subunternehmer habe 42 Millionen Schilling gekostet, die Miete von zum Teil schrottreifen Geräten habe 111 Millionen Schilling vermeidbaren Verlust gebracht. Dazu kämen 55 Millionen Schilling Verlust durch Umplanungen, weil bei der Vermessung unfähige Leute am Werk gewesen waren.

Der Höhepunkt des Skandals sei aber ohne Zweifel die Abwicklung der Provisionen bei diesem Geschäft. Insgesamt zehn Millionen Schilling seien nach Vaduz überwiesen worden, ohne daß bis zum heutigen Tag überhaupt der Empfänger bekannt sei. Das Geld wurde von einer unbekannt Person, die das Codewort wußte, abgehoben. Bei diesen Codeworttransaktionen tauche der begründete Verdacht auf, daß der Provisionsempfänger fingiert war, oder daß zumindest ein Teil des Geldes nach Österreich zurückgeflossen sei.

Auch nach der Erklärung, der Bauring werde keine Auslandsgeschäfte mehr machen, seien noch Auslandsaufträge abgeschlossen worden. Der Aufsichtsratsvorsitzende Suttner sei untätig gewesen und die SPÖ müsse aus dieser Tatsache Konsequenzen ziehen.

Dem Bürgermeister warf Dr. Goller vor, den Auftrag zur Prüfung der Saudi-Arabien-Geschäfte viel zu spät gegeben zu haben - und zwar erst acht Monate, nachdem er - Goller - den sich abzeichnenden Skandal im Gemeinderat aufgedeckt hatte. Während dieser acht Monate sei dem Kontrollamt jede Einsicht in die Geschäfte des Bauringes verwehrt worden. In dieser Zeit hätten sich die Millionenverluste vermehrt, die SPÖ - und nicht zuletzt auch der Wiener Bürgermeister - hätten zur Vergrößerung der Pleite beigetragen.

Er halte es auch für untragbar, daß einer der beiden Geschäftsführer als Beamter in die Stadtbauamtsdirektion zurückgekehrt sei. Dieser Mann beziehe nun zusätzlich zu seiner Pension von 30.000 S, zusätzlich zu seinen 150.000 S Abfertigung, ein hohes Gehalt als Spitzenbeamter. Beide Geschäftsführer hätten gegen die Geschäftsordnung verstoßen, unwahre Angaben gemacht, sich der Fahrlässigkeit schuldig gemacht. Nach Gollers Meinung hätte das für die fristlose Entlassung dieser beiden Männer ausreichen müssen.

Dr. Goller appellierte an die SPÖ-Fraktion, endlich mit dieser Art dieser Unternehmungsführung Schluß zu machen, Schluß zu machen mit der Sanierung abgewirtschafteter Betriebe und der Bevorzugung gegenüber privaten Firmen, die in diesem Bereich wesentlich verantwortungsbewußter arbeiten.

Unter dem Beifall des gesamten Gemeinderates setzte GR Dr. Hirnschall (FPÖ) als nächster Redner seinen durch einen Schwächeanfall unterbrochenen Debattenbeitrag fort. Er stellte namens seiner Fraktion den Antrag, angesichts der Schadensersatzansprüche die Pensionszahlungen an die mittlerweile ausgeschiedene Bauringleitung einzustellen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen übte er Kritik an der Tätigkeit des Aufsichtsrates, der, wie er meinte, keineswegs der ihm zustehenden Kontrollfunktion nachgekommen sei. Durch seine jahrelange Untätigkeit habe der Aufsichtsrat ein gerütteltes Maß an Schuld zur geschäftlichen Pleite des Bauringes beigetragen. Dies sei umso bedauerlicher, da bei der Pleite eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens letzten Endes der Steuerzahler zur Kasse gebeten werde. Seine Fraktion werde daher eine Sanierung des Bauringes ablehnen.

GR Suttner (SPÖ), der Aufsichtsrats-Vorsitzende des Bauringes, erklärte als nächster Debattenredner, der Fall zeige, wie rasch ein gesundes Unternehmen durch Fehleinschätzung und Fehlentscheidung in eine Situation kommen könne, wie sie im Kontrollamtsbericht dargelegt ist. Suttner beschäftigte sich dann ausführlich mit der Geschichte der Auslandsgeschäfte des Bauringes und meinte, der Bauring habe im Inland mit den anderen Baufirmen deshalb nicht Chancengleichheit, weil er nicht so wie andere Großunternehmen Baugeschäfte mit Grundstückegeschäften koppeln könne und zudem oft zur Anbotsstellung deshalb nicht herangezogen werde, weil sein Hauptgesellschafter die Stadt Wien sei. Daher habe man nach neuen Märkten gesucht und dies sei auch gerechtfertigt gewesen. Die ersten Auslandsgeschäfte mit Ungarn und der Slowakei hätten zudem Gewinne gebracht.

Heute sei es leicht, fuhr Suttner fort, zu sagen, die weiteren Auslandsgeschäfte hätten nicht gut ausgehen können. Was nun die Verantwortung und die Kontrollen angehe, so müsse er neuerdings darauf hinweisen, daß die Geschäftsführung die volle Vertretungsmacht besitze, der Aufsichtsrat nur ein Überwachungsmandat habe, das immer nur im Nachhinein wirksam werden könne.

Ausführlich ging Suttner dann an Hand von Zitaten aus Geschäftsberichten und Aufsichtsratsprotokollen auf das Arabien-Geschäft ein: Die Geschäftsführung habe eindeutig die Tätigkeit in Arabien viel zu optimistisch beurteilt und dabei den Aufsichtsrat und die Gesellschafter falsch informiert. Die Geschäftsführung sei zudem nicht willig oder nicht fähig gewesen, brauchbare Entscheidungsunterlagen zur Verfügung zu stellen. So wisse man heute und habe es erst nach der Abberufung der beiden Geschäftsführer im Dezember 1973 erfahren, daß sie den Aufsichtsrat und auch die Wirtschaftsprüfer bewußt falsch informiert hätten, weil sie nichts von eingegangenen Bürgschaftsverpflichtungen bekanntgegeben haben. Diese Verpflichtungen liegen bei rund 300 Millionen.

Es dürfe freilich nicht der Eindruck entstehen, fuhr Suttner fort, als sei bloß ein gemeinwirtschaftlicher Betrieb von Fehlentwicklungen bedroht. In den ersten vier Monaten des heurigen Jahres seien in ganz Österreich 306 Insolvenzen registriert worden, wobei die größeren Ausmaßes im Zunehmen begriffen sind. Es sei also demnach auch die Privatwirtschaft in keiner Weise von Risiken verschont. Der Unterschied zur Gemeinwirtschaft bestehe lediglich darin, daß, wie im Fall Bauring, die Diskussion in aller Öffentlichkeit darüber geführt werde. Dabei stellten gewisse tendenziöse Berichte eine zusätzliche schwere Belastung für das Unternehmen dar. Abschließend betonte der Aufsichtsrats-Vorsitzende des Bauringes, in dem Augenblick, als der Vertrauensbruch durch die Geschäftsführung spürbar geworden sei, seien vom Aufsichtsrat und vom städtischen Finanzreferenten sofort Handlungen gesetzt worden.

Als nächster Debattenredner meldete sich Bürgermeister Gratz zu Wort, der sich ausdrücklich zu seiner Verantwortlichkeit für die gesamte Verwaltung bekannte.

Selbstverständlich werde jede Kontrolle bejaht, schon deshalb, weil der Umfang der Verwaltung zu groß geworden sei, sodaß die Verantwortlichen nicht immer den ganzen Überblick haben könnten. Daher sei jede Kontrolle eine Hilfe für die politisch Verantwortlichen.

Er stehe auch heute vor dem Gemeinderat zu dem, was er gestern im Fernsehen über die Affäre Bauring gesagt habe, fuhr Gratz fort: Es sei ein Schandfleck auf dem Gesicht einer schönen und sauber verwalteten Stadt. Als klar geworden sei, daß die neue Geschäftsführung mangels Unterlagen keinen Überblick über die Geschäftstätigkeit in Arabien gewinnen könne, sei unverzüglich das Kontrollamt eingeschaltet worden. Dies sei natürlich nicht gegen den Willen der SPÖ geschehen ("Aber zu spät", ruft Hahn). Er habe als Bürgermeister am Kontrollamtsbericht außer Beistrichen nichts geändert.

Der Bürgermeister behandelte dann ausführlich, warum er den Kontrollamtsbericht der Staatsanwaltschaft übermittelt habe. Es gehe dabei nicht bloß um die Prüfung eventuell vorhandener strafrechtlicher Tatbestände, sondern auch noch um einen anderen Umstand. Die Sache mit den Provisionen, die "auch mir in der Höhe und Art unfaßbar sind", könne vom Kontrollamt nicht weiter geprüft werden, weil es dafür nicht das entsprechende Instrumentarium vom Gesetz her besitze. Die Staatsanwaltschaft verfüge jedoch über die entsprechenden Zwangsmittel. Es sei jedenfalls hoch interessant, bis in letzte Detail darüber Aufklärung zu bekommen, vor allem über die aufgestellten Behauptungen, ob von diesen Provisionen ein Rückfluß nach Österreich erfolgt sei. Es werde jedenfalls unnachgiebig gegen jedermann vorgegangen werden.

Dem Aufsichtsrat sei seiner Meinung nach kein Vorwurf der Pflichtverletzung zu machen, da er nur im Nachhinein kontrollieren könne, aber nicht das Recht habe, in die Gestion der Geschäftsführung einzugreifen. Die nachträglichen Prüfungen seien auf Grund der vorliegenden schriftlichen Unterlagen vorgenommen worden,

Wenn vom Unvermögen des sozialistischen Management gesprochen werde, so sei etwa beim Skandal mit der Bodenkreditbank oder den Weltwirtschaftskrisen in den zwanziger und dreißiger Jahren auch von niemandem die Abschaffung der Privatwirtschaft verlangt worden.

Beim Bauring habe es sich um ein unfaßbares Versagen der Geschäftsführung gehandelt. Dadurch könnten aber die großen Erfolge der österreichischen und speziell der Wiener gemeinwirtschaftlichen Betriebe nicht geschmälert werden.

Wie soll es nun weitergehen? Zunächst sei die völlige Aufklärung aller Umstände notwendig, wobei die neue Geschäftsführung prüfen wird, ob die Abfertigungen und die Pensionen an die früheren Geschäftsführer zu Recht gezahlt würden und ob an sie nicht Schadenersatzforderungen zu stellen seien. Früher habe man dies nicht tun können, weil gewisse Umstände nicht bekannt gewesen seien und man nur auf dem Boden des Rechtes agieren dürfe. Aber davon werde nicht ein Jota weggenommen. Es wäre zu einfach, den Bauring in den Konkurs gehen zu lassen. Man könnte sagen, die Arbeiter finden leicht anderswo Arbeit und die einzelnen Aktiva des Unternehmens würden verkauft. Dies käme freilich nur einer Flucht aus der Verantwortung gleich, erklärte Gratz.

Im Bereich Wien sei der Bauring ein aktives und gutes Unternehmen. Es sei die ernste Absicht der Stadtverwaltung, gemeinsam mit der privaten Bauwirtschaft eine Konstruktion zu finden, damit die Tätigkeit des Bauringes weiter gesichert und die Belastung der Stadt Wien teilweise gemindert werde.

Die grundsätzlichen Konsequenzen aus der Affäre Bauring habe der Gemeinderat schon durch die Schaffung der Holding für alle privatwirtschaftlich organisierten Unternehmungen gezogen. Dabei sei sichergestellt, daß die Holding eine laufende Kontrolle der Geschäftstätigkeit vornehmen könne. Zum zweiten habe der Gemeinderat einstimmig einen Grundsatzbeschuß über die privatwirtschaftliche Tätigkeit der gemeindeeigenen Betriebe gefaßt, wobei das Gewinnmotiv nicht den Ausschlag geben dürfe. Und danach werde die Tätigkeit der Holding auch ausgerichtet sein.

Debatte Rechnungsabschluß

Als erster Debattenredner zum Rechnungsabschluß meldete sich GR. Hahn (ÖVP) zu Wort. Vorerst ging er noch einmal auf das Thema Bauring ein. Er zitierte einen Satz aus dem Kontrollantsbericht, in dem es heißt: "Wie unangenehm die Beharrlichkeit des Kontrollantes dem Bauring war, geht aus einem Aktenvermerk vom 31. Juli 1972 hervor, in dem es sinngemäß heißt, 'daß die Geisteshaltung des Kontrollantes im Bereich des 18. Jahrhunderts liege und für jemanden, der sich in Bilanzen auskennt, die zentrale

Bauring-Wien Bilanz genauso aufschlußreich ist, wie Teilbilanzen'."

Hahn bezeichnete es als "Skandal" und "Sauhaufen", daß sich das der Kontrollamtsdirektor von dem damaligen Bürgermeister Slavik gefallen lassen mußte, der diesen ungeheuerlichen Satz unterschlagen haben muß. Neuerlich wies Hahn ferner die "Legende von der Mitverantwortung der ÖVP beim Bauringskandal" zurück.

Hahn drückte dann sein Bedauern darüber aus, daß eine solche Fülle von Berichten in einer so kurzen zur Verfügung stehenden Zeit im Gemeinderat behandelt werden soll. Zum Abschluß, der einen Reingewinn von 20,7 Millionen Schilling gebracht habe, sei festzustellen, daß Wahlversprechen der SPÖ eindeutig gebrochen worden seien: Beim U-Bahn-Bau seien Verzögerungen ebenso eingetreten wie beim Wohnhausbau. Versprochen, war billiger und rascher zu bauen. Das Gegenteil sei aber eingetreten. Auch für die Infrastruktur sei viel weniger ausgegeben worden, als vorgesehen, wie etwa bei der Kanalisation oder bei der wichtigen Hauptkläranlage. Die größten Schwierigkeiten seien jedoch beim Wohnhausbau aufgetreten, wo ein absoluter Tiefpunkt erreicht worden sei. Der Tiefstand würde die nächsten Jahre noch weiter anhalten, wenn etwa 1974 nur 2.668 Gemeindefertigungen fertig würden. Wenn nun Änderungen der Wohnbaupolitik erfolgten, so seien diese auf die Bemühungen der ÖVP zurückzuführen, wie etwa das Stadterneuerungsgesetz, der neue Finanzierungsschlüssel der Wohnbauförderung und Verbesserungen des Mietengesetzes. Was den U-Bahn-Bau betreffe, so sei dieser nach Verzögerungen in den vergangenen zwei Jahren bei der Grundfreimachung und der Planung nun infolge des Baustahlmangels in Gefahr, lahmgelegt zu werden. Baustahl werde hingegen bei anderen Großprojekten verbraucht, wie etwa bei der UNO-City und bei der Donauinsel, die beide von der SPÖ forciert würden.

GR. Hahn urgierte dann mehrere Einrichtungen, die von Bürgermeister Gratz im Vorjahr angekündigt worden seien: wie etwa einen Wirtschaftsbeirat und ein Informationsbüro für die politischen Parteien. Auch die Ankündigung des Bürgermeisters, daß mit Ausnahme auf dem Energiesektor keine Tarifierhöhungen erfolgen würden, habe nicht gestimmt - eine Erhöhung der Pflegegebühren um 40 Prozent sei beschlossen worden. Auch eine Erhöhung der Heizkosten um 65 Prozent sei bereits beantragt. Diese

werde 40.000 Mieter treffen und mit durchschnittlich 3.000 S pro Jahr belasten.

Zu den Stabilisierungsgesprächen zwischen Bund und Gemeinde meinte Hahn, daß sie sicher notwendig seien angesichts der starken Inflation, daß sie aber der Bevölkerung keinen Schaden bringen dürften durch Einschränkungen beim Bau von Schulen und Spitälern. Die Finanzpolitik des Finanzministers sei nach seiner Ansicht überhaupt falsch, sagte Hahn. Wäre nämlich die Steuersenkung noch in diesem Jahr durchgeführt worden, hätten die zu erwartenden Lohnbewegungen abgefangen werden können.

Abschließend sagte der Redner, daß die ÖVP immer wieder eine Prioritätenliste der geplanten Vorhaben verlangt habe und daß die ÖVP den Beginn zu vieler großer Bauvorhaben kritisiert und hingewiesen habe, wo gebremst hätte werden müssen.

Da im vorliegenden Rechnungsabschluß langjährige Forderungen der ÖVP erfüllt worden seien, werde seine Partei daher eine getrennte Abstimmung verlangen.

In einer spontanen Wortmeldung nahm GR. Dr. Habl (ÖVP) neuerlich zu den Vorwürfen, der Aufsichtsrat des Bauringes hätte von seiner Kontrollfunktion nicht Gebrauch gemacht, Stellung. Wie er dabei ausführte, hätten gerade die ÖVP-Vertreter im Gegensatz zu den SPÖ-Vertretern den Aufsichtsrat zeitgerecht auf das Risiko dieses Auftrages hingewiesen und rechtzeitig ihre Bedenken angemeldet.

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) setzte sich mit der Tätigkeit des Kontrollantes auseinander, wobei er es bedauerte, daß gerade im vorliegenden Fall diese Tätigkeit lange Zeit hindurch verhindert worden sei. Zum Rechnungsabschluß: Hier sprach der Debattenredner von jahrelangen "Schatten- und Lichtspielen" der jeweiligen Finanzstadträte. Kritik setzte GR. Wöber vor allem auch bei der Rücklagenpolitik der Stadtverwaltung an: Seit Jahren würden große Kredite aufgenommen, die wiederum mit geringen Zinsenerträgen auf die hohe Kante gelegt werden. Einerseits würden lebensnotwendige Investitionen für den Bau von Wohnungen und Kindergärten sowie die Vermehrung der Spitalbetten unterbleiben, während Prestigevorhaben, wie zum Beispiel die Donauinsel, forciert werden. So sei die Wiener Wohnbautätigkeit in den letzten Jahren ständig rückläufig und habe im vergangenen Jahr mit 2.217 fertigen Wohnungen ihren absoluten

Tiefstand erreicht. Ebenso kritisierte er das von Jahr zu Jahr geringer werdende Wachstum der Wiener Wirtschaft. Die Wirtschaftsentwicklung Wiens sei längst hinter jener Gesamtösterreichs zurückgeblieben. Abschließend forderte Wöber genaue Auskunft über die Einlagenpolitik der Stadt Wien. Seiner Meinung nach sollte es möglich sein, den Gemeinderat künftighin in regelmäßigen Abständen von etwa einem Vierteljahr über diesen Sektor der Finanzgebarung zu informieren.

Grundtenor des Debattenbeitrages von GR. Schreiner (SPÖ): Der Rechnungsabschluß 1973 der Wiener Stadtverwaltung verdiene Anerkennung, die Geldmittel seien gut verteilt worden, der Finanzstadtrat habe in einer schwierigen Situation - bedingt durch neue Gesetze wie das Finanzausgleichsgesetz und das Grundgesetzsteuergesetz - gut gewirtschaftet, das Bemühen, das Gemeinwesen positiv weiter zu entwickeln, sei erfolgreich gewesen. Seine Partei werde daher den Anträgen zustimmen.

Den Einschaubericht des Rechnungshofes über die Prüfung der Gebarung der Bundeshauptstadt Wien wollte GR. Krenn (FPÖ) als Sieg seiner Partei gewertet wissen. Die Stellungnahmen und Ansatzpunkte der Kritik deckten sich nahezu hundertprozentig mit den Anregungen und Vorschlägen der FPÖ, die in den letzten Jahren vielfach geäußert worden seien. Krenn brachte einen Antrag ein, der Kritik des Rechnungshofes zu entsprechen, den Betrieb von Gastwirtschaften aus dem Bereich der Hoheitsverwaltung auszuklammern und die Lokale an Private zu veräußern. Den Berichten des Kontrollantes und des Rechnungshofes stimme seine Partei zu, den Äußerungen des Stadtsenates jedoch nicht.

GR. Dr. Habl (ÖVP) erklärte zunächst, es stimme nicht, daß alle Beschlüsse im Bauring-Aufsichtsrat einstimmig gefaßt worden seien, da die Vertreter seiner Fraktion weder der Bilanz 1971 zugestimmt, noch der Geschäftsführung die Entlastung erteilt hätten.

Ausführlich beschäftigte sich Habl dann mit den vom Rechnungshof geprüften Grundstückstransaktionen der Stadt Wien. Dabei falle auf, daß bei der Schilderung der einzelnen Geschäfte keine Namen aufscheinen. Es sei daher schwierig, die Zusammenhänge zu erkennen. Bei der Schilderung der einzelnen Transaktionen meinte Habl, man wisse, daß immer wieder Kommerzialrat

Machek als Vermittler eingeschaltet gewesen sei. Zudem habe der Rechnungshof wiederholt eine auffallende Meinungsänderung von Magistratsdienststellen zu ein und derselben Transaktion innerhalb kürzester Zeit gerügt. Auch die häufige Anwendung des Notstandsparagraphen durch den Stadtsenat sei den Prüfern aufgefallen. Was den Einschaubericht für die Zentralsparkasse angehe, fuhr Habl fort, falle satzungswidriges Verhalten und die Verletzung des Kreditkontrollabkommens auf. Die Zentralsparkasse sei zudem bei ihrer Kreditvergabe nicht sorgfältig genug vorgegangen und die für den Einschauezeitraum errechneten Verluste könnten mit rund 290 Millionen angenommen werden. Daher sei auch der Gewinn der "Z" recht bescheiden und der Eigenkapitalkoeffizient sei von 4,4 auf 2,4 Prozent zurückgegangen.

Mit der Ablösung des seinerzeitigen Generaldirektors der, obwohl er viele Fehler zu verantworten hatte, eine Abfertigung und eine großzügige Pension erhalten hat, habe sich auch eine Änderung in der Geschäftsgebarung zum Besseren gezeigt.

Der nächste Redner, GR. Mayrhofer (SPÖ), befaßte sich ebenfalls mit dem Teil des Rechnungshofberichtes, der die Liegenschaften der Stadt Wien behandelt und führte dabei die zeitliche Reihenfolge dieser Einschaütätigkeit an. Als bemerkenswert bezeichnete es Mayrhofer, daß der Bürgermeister vor der letzten Gemeinderatswahl noch den Einschaubericht öffentlich aufgelegt habe, obwohl die Gegenäußerungen des Stadtsenates noch nicht enthalten gewesen seien. Die Hoffnungen der ÖVP, daraus Kapital zu schlagen, seien, wie das Wahlergebnis gezeigt habe, enttäuscht worden. Zudem sei nach Berücksichtigung der Gegenäußerungen des Stadtsenates von den Vorwürfen nicht mehr viel übriggeblieben. Für die Prüfer sei es zudem überaus schwierig gewesen, Jahrzehnte zurückliegende Vorgänge aus der seinerzeitigen Sicht beurteilen zu können. Jedenfalls gehörte es und gehöre es nach wie vor zu den Aufgaben der Stadtverwaltung, Vorsorge zu treffen, damit genügend Grund und Boden für die kommunalen Aufgaben zur Verfügung stünden. Abschließend meinte der Redner, die überwältigende Mehrheit der Transaktionen - allein zwischen 1969 und 1972 seien es 2.975 gewesen - sei natürlich nicht beanstandet worden.

Als nächster Debattenredner meldete sich GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) zu Wort und kritisierte die Geschäftsgebarung der Zentralsparkasse. Er meinte, daß es nicht Aufgabe der Zentralsparkasse sein könne, Hotels zu führen, wie es im Rechnungshofbericht aufscheint.

Weiter erwähnte Hirnschall die Kreditgewährung an die Kronenzeitung und die Gründung der Ekazent im Jahre 1960 durch die Zentralsparkasse. Dabei unterstützte die "Z" die Grundkäufe durch niedrige Zinsen. Die Zentralsparkasse mußte sogar die Gehaltszahlungen in der Höhe von 2,4 Millionen Schilling für die Angestellten übernehmen.

Seine Fraktion werde dem Antrag zwar die Zustimmung geben, doch hoffe er, daß die vom Rechnungshof geforderte Neukonstruktion der Anstalt in absehbarer Zeit durchgeführt werde.

Sowohl zu den kritischen als auch zu den positiven Feststellungen des Rechnungshofes über die Geschäftsgebarung der Zentralsparkasse nahm GR. Busta (SPÖ) Stellung. Wenn jedoch für den untersuchten Zeitraum von zehn Jahren 20 Geschäftsfälle beanstandet werden, müsse man berücksichtigen, daß die Zentralsparkasse im selben Zeitraum 453.500 Kreditfälle abgewickelt habe. Den tatsächlichen Abschreibungen von 117 Millionen stünden nicht weniger als 105 Milliarden 735 Millionen Gesamtumfang gegenüber. Das entspricht einer Relation von 0,1107 Prozent. Im übrigen schloß sich Busta der Meinung einiger Vorredner an, daß es an der Zeit wäre, die rechtliche Grundlage der Zentralsparkasse durch ein neues Sparkassengesetz auf eine der heutigen Zeit anzupassen.

Die Bauringpleite sei nicht der einzige Skandal der Stadt Wien meinte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ), und führte als Beweis einige im Rechnungshofbericht über die Hafенbetriebsgesellschaft genannten Mängel an, die sowohl die Betriebsführung vor 1970 und Fehlinvestitionen im Hafengelände betreffen. Dafür hätte nicht nur die SPÖ die Verantwortung zu tragen, sondern auch die Vertreter der ÖVP und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft.

Stadtrat Neusser (ÖVP) beschäftigte sich ebenso wie sein Vorredner eingehend mit dem Bericht über die Hafenbetriebsgesellschaft. Seiner Meinung nach seien beim Ausbau der Freihandelszone beziehungsweise bei der Durchführung diverser Projekte, wie zum Beispiel des Zentrallagerhauses, schwere Planungsfehler gemacht worden. Das war zweifellos die Schuld der katastrophalen Geschäftsführung. Lediglich der Initiative der ÖVP wäre es zuzuschreiben, daß es zu einer Überprüfung der Vorgänge im Bereich der Hafengesellschaft gekommen sei. Zur Person von Ing. Leutner richtete er an den Bürgermeister die Frage, ob gegen den ehemaligen Geschäftsführer bereits die Zivilrechtsklage eingebracht wurde beziehungsweise in nächster Zeit eingebracht werden wird. Im besonderen kritisierte Stadtrat Neusser auch die Errichtung der Tankerreinigungsanlage durch die Hafenbetriebsgesellschaft. Seit 1971 sei dort, wie er ausführte, kein Tankschiff mehr gereinigt worden. In Anbetracht des Kostenpunktes von 43 Millionen also ein teures Abenteuer. Abschließend sprach er die Hoffnung aus, daß sich durch die Errichtung der Holding künftig solche Vorgänge, nicht mehr wiederholen werden.

GR. Bednar (SPÖ): Die Überprüfung der Hafenbetriebsgesellschaft sei durch den Aufsichtsrat beschlossen worden. und nicht auf Grund einer ÖVP-Initiative. Ebenso hielt er seinem Vorredner entgegen, daß sämtliche Beschlüsse, die die Hafenbetriebsgesellschaft betrafen, stets einstimmig, also auch mit den Stimmen der ÖVP gefaßt wurden. Wien brauche einen solchen Binnenhafen besonders im Hinblick auf den späteren Rhein-Main-Donaukanal. Zur budgetären Lage: Derzeit gibt es bereits ein ausgeglichenes Budget. Für die kommenden Jahre ist mit einem gewinnbringenden Abschluß zu rechnen. Abschließend stellte der Redner fest, daß die Zukunft für den Wiener Hafen bereits begonnen habe. Schon in wenigen Jahren werde es einen Durchzugsverkehr von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer geben. Wien komme dabei als Drehscheibe Europas eminenten Bedeutung zu.

Fortschritte und Mängel im Spitalswesen ließ GR. Matza (ÖVP) ausführlich Revue passieren: Wohl wurden in letzter Zeit modernste Spitalsbauten fertiggestellt, jedoch fehle etwa auf dem Gebiet der Geriatrie die erforderliche Lehrkanzel.

Die Detailplanung für das medizinische Zentrum Ost sei abgeschlossen, die Mittel für eine Realisierung stünden aber nicht bereit.

Der Einsatz der Herzalarmwagen sei erfolgreich, jedoch müßten noch mehr Fahrzeuge angeschafft werden. Vor allem seien noch zu wenig finanzielle Mittel für den Ausbau der Krankenanstalten vorhanden. Bereits vor mehr als einem Jahr habe die ÖVP Vorschläge zur Neuordnung der Krankenanstalten erbracht, wobei sie vor allem darauf Wert legte, daß keine Gebiete unterversorgt bleiben. Bedauerlicherweise habe das Wiener Memorandum an den Bund dieser Problematik nur elf Zeilen gewidmet. GR. Matza vertrat schließlich die Meinung, daß die zweite Novelle des Krankenanstaltengesetzes die Länderinteressen gefährde und verlangte ein entsprechendes Vorgehen der Landesregierung beim Verfassungsgerichtshof.

GR. Dinhof (SPÖ) stellte zu der Meinung Matzas, die Detailplanung für das Krankenhaus Ost sei abgeschlossen, fest, daß diese erst heuer durch Stadtrat Stacherl Auftrag gegeben wurde.

Dinhof regte sodann eine gemeinderätliche Spezialkommission an, die sich nicht nur mit Verbesserungen auf dem Pflegeheimsektor, sondern ganz allgemein mit den Sozialdiensten befassen sollte. Generell meinte Dinhof, daß sich bei mehr menschlicher Bereitschaft mitzuhelfen, die Zahl der Heimpflegemöglichkeiten erhöhen könnte. Dadurch könnte der Mangel an Pflegebetten verringert werden.

Zum Problem der Spitalswäsche plädierte Dinhof für eine wirtschaftlich gesunde Mischung von städtischen und privaten Betrieben. Eine völlige Abhängigkeit von außerstädtischen Betrieben sei gefährlich.

GR. Dr. Maria Flemming (ÖVP) meinte, daß die schönste Bilanz nichts nütze, wenn man den wahren Bedarf nicht kenne. Gerade bei den Sozialleistungen - vor allem bei den Behinderten - sei die Dunkelziffer besonders hoch. "Wir müssen die Leute finden, die Hilfe brauchen". Das derzeitige System im Bereich der Sozialpolitik sei falsch. Auch bei der Betreuung älterer Menschen müsse man vieles ändern. Das Altersheim Lainz sei für Pflegefälle psychisch unzumutbar.

Daran könne auch eine Modernisierung nichts ändern. Man müsse endlich dazu kommen, aus Lainz ein geriatrisches Krankenhaus zu machen. Bei den Pensionistenheimen müßten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Leute auch dann, wenn sie pflegebedürftig sind, so lange wie nur irgendwie möglich bleiben können.

Gesundheitsstadtrat Prof. Dr. Stacher (SPÖ) meldete sich hierauf zu Wort. Er stimme mit der ÖVP überein, daß ein Gesundheitskonzept unbedingt notwendig sei. Leider habe er nicht einmal die Ansätze eines solchen Konzeptes vorgefunden. Sein Vorgänger habe es verabsäumt, einen Plan zu erstellen. Nun sei ein Gesundheitsplan in Arbeit.

Er stimme auch der Forderung zu, mehr Alterskrankenhäuser zu schaffen. Ob in Lainz eine Station als Krankenhaus oder als Pflegestation geführt werde, müsse jedoch genau untersucht werden. Für eine Entscheidung seien keine Grundlagen vorhanden.

Die Verbesserung des Gesundheitswesens in Wien sei nicht nur eine Geldfrage, sondern vor allem eine Frage der Umstrukturierung. Der Rechnungshof habe aufgedeckt, daß eine Planung für diese Umstrukturierung nicht vorhanden sei. Er habe weiters gezeigt, daß ein Konzept dringend notwendig sei - und er - Stacher - sei sehr froh darüber, daß dies nun auch von anderer Seite bestätigt wurde.

GR. Hoffmann (ÖVP) beschäftigte sich mit dem Rechnungsabschluß und im speziellen mit dem U-Bahn-Bau: Bis Ende 1973 sind rund 3,6 Milliarden aufgewendet, doch nicht alle vorgesehenen Mittel ausgegeben worden. 98 Millionen Schilling wurden einer Rücklage zugewiesen. Hoffmann bemängelte die fehlende Transparenz bei der U-Bahn-Planung und warnte auch vor einer Parallelplanung zwischen den ÖBB und der Stadt bei der Führung von S-Bahn und U-Bahn. Noch immer fehle zudem ein Zeit-Kosten-Plan für die U-Bahn.

Was das Hochwasserschutzprojekt angehe, so sei die Donauinsel offenkundig ein Prestigepunkt der SPÖ. Seiner Meinung nach hätte das Milliardenprojekt des Hochwasserschutzes mit dem Milliardenprojekt einer künftigen Staustufe Wien koordiniert werden müssen.

GR. Pelzelmayer (ÖVP) sprach von einem im Rechnungshofbericht über die Zentralsparkasse aufgezeigten Fall: Die Gemeinde Wien habe seinerzeit einen Preisbrecher bei den Installationsarbeiten forciert. Die Firma Weico sei über die Zentralsparkasse so lange finanziert worden, bis sie zufolge ihrer Unterangebote schließlich mit einem Verlust von 22 Millionen für die Zentralsparkasse verkauft worden sei. Das Beispiel zeige, schloß Pelzelmayer, daß es nicht ratsam, sondern nachteilig sei, in den Wirtschaftsablauf mit Gewalt einzugreifen.

Mit der Kritik des Rechnungshofes an Planungsfragen beschäftigte sich GR. Ing. Nedwed (SPÖ), wobei er einigen Auffassungen des Rechnungshofes entgegentrat: Es sei beispielsweise durchaus nicht so gewesen, daß im Zuge der Einführung der Montagebauweise neue Wohnbaugebiete in der Nähe der Montagebaufabriken angelegt worden seien. Gerade im Gegenteil: die Montagebaufabriken seien in der Nähe der geplanten neuen Wohnsiedlungen errichtet worden. Zur Frage der öffentlichen Ausschreibung erklärte der Redner, daß im Prinzip immer der Weg des Wettbewerbs beschritten werde, daß es jedoch in gewissen Fällen zweckmäßig wäre, nur beschränkte Ausschreibungen vorzunehmen. Zur Kritik des Rechnungshofes, daß das städtebauliche Grundkonzept des Jahres 1961 nicht in der zweiten Planungsstufe erfüllt worden wäre, erklärte Nedwed, daß inzwischen grundsätzlich Ansichten diskutiert werden. Mit der großangelegten Leitlinien-Diskussion würden neue Richtlinien entstehen. Die Anregung, bei Flächenwidmungsänderungen und neuen Straßenbauten die Partizipation der Betroffenen zu verwirklichen, werde bereits aufgegriffen. Ein Beispiel sei ein Diskussionsforum der Bezirksvorsteherung von Rudolfsheim-Fünfhaus, in dem vor Beschluß einer Änderung im Flächenwidmungsplan mit der Bevölkerung diskutiert wurde. Schließlich regte auch dieser Redner an, daß zu Ermittlungen des Kontrollamtes die betroffenen Dienststellen eine Stellungnahme abgeben sollten und brachte einen Antrag ein.

Anschließend beschäftigte sich GR. Dr. Krasser (ÖVP) auf Grund des Kontrollamtsberichtes zur Geschäftsgruppe III mit Fragen der Altstadterhaltung. Er sprach den Appell aus, alle noch ausstehenden Schutzzonen rasch zu beschließen. Er kritisierte, daß zur Sanierung und Revitalisierung des Spittelbergs noch kein Gesamtkonzept vorliege, sondern lediglich eine Teillösung für vier Objekte versucht werde. Die Ankündigung, daß die Interessengemeinschaft Spittelberg den Auftrag zur Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes erhalten werde, lasse den Verdacht aufkommen, daß man damit dieser Vereinigung den Mund stopfen wolle. Seine Fraktion verlange daher, mit bloßen Ankündigungen Schluß zu machen. Es sollten endlich, wie es das Kontrollamt verlange, zielführende und organisatorische Voraussetzungen zur Erhaltung des Spittelbergs geschaffen werden.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) befaßte sich mit Gesundheitsproblemen der Wiener Bevölkerung und erwähnte anerkennend die Eröffnung zweier großer Hallenbäder. Da auch weiterhin der Trend zum geheizten Bad geht, meinte Strunz, daß man Maßnahmen ergreifen sollte, um Haut- und Geschlechtskrankheiten, die im Wasser übertragen werden können, zu verhindern. Strunz führte an, daß laut Untersuchung der II. Hautklinik etwa 20 Prozent der Frauen an Trichomonadenfluor leiden. Diese Krankheit wird in geheizten Bädern übertragen. Das untersuchte Badewasser ergab, daß sich die Bakterien bis zu 24 Stunden halten. Man solle auch dafür sorgen, daß die Frischwasserzugabe entsprechend erhöht wird. Ein entsprechender Antrag wurde eingebracht.

Zum Wiener Abwasserproblem meinte der Redner, daß bis 1973 die Beseitigung des Abwasserschlammes noch nicht geklärt war. Es gäbe da verschiedene Möglichkeiten, beispielsweise eine Schlammverbrennungsanlage, die 3000 Tonnen pro Jahr beseitigen könnte.

Da in Österreich der Lungenkrebstod an dritter Stelle steht, müsse alles getan werden, um die Umweltverschmutzung einzudämmen, und um alles fern zu halten, was der Bevölkerung Belästigungen und Veriftungen bringt. Als Beispiel führte Strunz an, daß man bei der geplanten Schnellstraße am Flötzersteig genau überlegen sollte, wo und wie Schallschutzwände gebaut und welche Bepflanzungen - denn nicht alle Bäume und Sträucher sind wirksam - durchgeführt werden. Er stellte auch hiezu einen Antrag.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) beschäftigte sich unter anderem mit dem Kapitel Schulneubauten in Wien, wobei er das Schulbauprogramm des Bundes kritisierte. In anderen Bundesländern werde überdies bei gleicher Qualität wesentlich billiger gebaut. Sportförderung: Hier kritisierte er die seiner Meinung nach viel zu hohen Kosten des Tribünenaufbaus der Hohen Warte.

GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) sprach sich für einen forcierten Ausbau der Kindergartenplätze in Wien aus. Noch immer gebe es nicht für jedes dreijährige Kind in Wien einen gesicherten Kindergartenplatz. Bei dieser Gelegenheit unterstrich sie die Bedeutung der privaten Kindergärten, ohne deren Angebot das Kindertages-system in Wien zweifellos zusammenbrechen würde. Gegenwärtig gibt es in Wien 32.398 private und öffentliche Kindergartenplätze, was 56 Prozent entspricht. Weiter setzte sich Dr. Danzinger für eine Verbesserung der derzeitigen Einkommensstaffelung ein und

forderte gleichzeitig die Einführung des Nulltarifes für Kindergärten. Zum bestehenden Mangel an Kindergärtnerinnen: Dieser könnte durch die Einführung von teilzeitbeschäftigten Kindergärtnerinnen wesentlich reduziert werden. Den Schluß ihres Beitrages bildete die Forderung nach Errichtung eines familienpolitischen Beirates.

GR. Köchler (ÖVP) kritisierte einige von Rechnungshof und Kontrollamt aufgezeigte Unzulänglichkeiten im Bereich der Datenverarbeitung. Vor allem sollte man in Zukunft überlegen, ob nicht der Kauf von Geräten billiger als die Miete sei. Beispiel: Mietenzahlungen an Firma Bull in den letzten Jahren seien jetzt bereits bei einer Höhe angelangt, die den Kaufpreis übersteige. Ein Wiener Datenschutzgesetz sei dringend notwendig, da das künftige Bundesgesetz keinen ausreichenden Schutz biete.

GR. Wiesinger (SPÖ) replizierte auf die Kritik von Frau Doktor Danzinger am Kindergartenwesen. Die Bundeshauptstadt - und das sei allen bekannt - stehe bei der Betreuung der Kinder im Vorschulalter nach wie vor an der Spitze der Bundesländer. Hauptgrund seiner Wortmeldung: Die Kritik des Kontrollamtes an der Verwendung des sogenannten "Kulturschillings". Es sei nicht richtig, daß der überwiegende Teil nicht zweckgebunden verwendet worden sei. In die Rücklage sei nur ein kleinerer Teil geflossen. In diesem Punkt könne er persönlich den Bericht des Kontrollamtes nicht zur Kenntnis nehmen, da er einfach nicht stimme. Damit war die große Debatte, bei der 28 Redner zu Wort kamen, beendet. Stadtrat Mayr hielt das Schlußwort.

In seinem Schlußwort wies Stadtrat Mayr darauf hin, daß die Debatte fast genau zwölf Stunden gewährt habe. Er wolle zu Beginn vor allem ein Mißverständnis ausräumen: Die Bemerkung von Bürgermeister Gratz in der Fernsehsendung über "Verlustverkauf" beim Bauring heiße nichts anderes als: So wie nicht die Tätigkeit allein nach dem Gewinn ausgerichtet sein dürfe, so sei eine Beteiligung nicht auch bloß als Verkauf oder Kauf von Verlusten zu verstehen. Dies könne höchstens ein Nebeneffekt sein. Der Stadt gehe es viel mehr um eine echte Kooperation mit der Privatwirtschaft.

Der Vorwurf, die SP-Alleinregierung agiere übermütig, sei nicht zutreffend. Jedermann wisse, wo erstmalig eine Alleinregierung installiert worden sei und die Sozialisten in Wien würden keinesfalls politischen Übermut hervorkehren. Aber zum Wesen der Demokratie gehöre es auch, Mehrheiten, die von den Bürgern verliehen worden seien, einzusetzen.

Zur Wohnbauförderung sprach der Finanzstadtrat sehr ausführlich und erklärte, insgesamt habe die Stadt im Vorjahr rund 54 Millionen an Investitionssteuern entrichtet. Bei der Einführung der Investitionssteuer und Mehrwertsteuer sei man sich bewußt gewesen, eine stürmische Periode einzuleiten. Aus zwingenden außenwirtschaftlichen Gründen - Arrangement mit der EWG - habe man sich dafür entschließen müssen.

Was die Novelle 1972 zur Wohnbauförderung angeht, sei damit nicht nur eine Änderung des Finanzierungsschlüssels bewirkt, sondern durch den Annuitätenzuschuß die Subjektförderung verbessert worden. Man könne der Stadt nicht vorwerfen, die Rücklage an Wohnbauförderungsmitteln vergrößert zu haben, weil 182 Millionen Schilling dazugekommen seien, wenn man gleichzeitig verschweige, daß der Rücklage 179 Millionen Schilling entnommen worden seien. Diese Rücklage machte derzeit knapp mehr als zwei Milliarden aus. Und diese Mittel wiederum, fuhr Mayr fort, seien für konkrete Projekte bereits zugesichert, aber noch nicht ausgezahlt. Man habe sogar bei den Zusicherungen den Rahmen um 170 Millionen überschritten, was wegen der ratenweisen Auszahlung durchaus zulässig sei. In einigen Bundesländern jedoch, in denen es Landtagswahlen gegeben hat, hätten diese Vorgriffe die ganze Jahresrate 1974 und sogar Teile der Jahresrate 1975 ausgemacht, so daß nun eine echte Lücke entstanden sei.

Beim Engpaß an Baustahl spielten seiner Meinung nach Preisüberlegungen der Industrie eine große Rolle.

Die Finanzverwaltung werde zugleich mit dem Budget 1975 eine mittelfristige, fünfjährige Finanzplanung vorlegen, kündigte Mayr an. Deren Aussagewert sei jedoch reziprok zum prognostizierten Zeitraum und der erste Versuch werde wahrscheinlich auch die größten Korrekturen erforderlich machen.

Der Finanzstadtrat ging dann auf die Stabilisierungsmaßnahmen ein und betonte, es könne nicht sinnvoll sein, mehr Güter zu verteilen als vorhanden seien. Sonst würden die Preise höher. Dies sei keine politische Frage, sondern eine solche der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Alle anderen Versuche müßten seiner Meinung nach kläglich scheitern. Prioritäten setzen, heiße gleichzeitig Posterioritäten in Kauf nehmen. Nur dann seien echte Entscheidungen möglich.

Was die Vorfinanzierung der S-Bahn angehe, solle man vorsichtig sein. Denn kein städtischer Finanzreferent könne ohne Rücken- deckung einer anderen, kompetenten Gebietskörperschaft Ver- pflichtungen übernehmen. Zuerst müsse man jedenfalls die Forderung an den Bund richten, das Wiener S-Bahn-Netz entscheidend auszu- bauen. Aber auch was den Bundeszuschuß für die U-Bahn angehe, betreffe er bisher nur das engere Grundnetz, also die U 1, U 2 und U 4. Über den Bau der U 3 und etwaige Verlängerungen müßten mit dem Bund neue Verhandlungen aufgenommen werden.

Bei den Kindergärten könne man die von Wien und Niederöster- reich deshalb nicht vergleichen, weil die Struktur der nieder- österreichischen Kindergärten - vornehmlich Halbtagsbetreuung - eine andere sei. Es seien auch keine Beträge eingespart worden. Die zehn Fertigteilkindergärten seien aufgestellt worden, aber die Rechnungslegung nicht zur Gänze erfolgt. Die Kontrollberichte, die heute ausführlich debattiert worden seien, müsse man generell unter den Gesichtspunkten beurteilen, daß der Abend eben klüger als der Morgen sei. Die gestellten Anträge und Anfragen be- antragte der Finanzreferent abschließend den zuständigen Aus- schüssen zuzuweisen.

Abstimmung: Der Rechnungsabschluß 73 wurde punktweise abge- stimmt, wobei sieben Punkte einstimmig und ebenfalls sieben Punkte mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen wurden.

Der Kontrollamtsbericht einschließlich der Sondereinschau beim Bauring wurde einstimmig angenommen.

Die Rechnungshofberichte über die Hoheitsverwaltung und den Hafenbetrieb wurden so abgestimmt, daß den Berichten und den Gegenäußerungen des Rechnungshofes alle Fraktionen zustimmten, den Äußerungen des Stadtsenates nur die SPÖ ihre Zustimmung gab.

Der Rechnungshofbericht über die Zentralsparkasse erhielt ebenso wie die Zuweisung aller Anfragen und Anträge die ein- stimmige Zustimmung.

Rechnungsabschluß Stadtwerke

Die weit vorausschauende Investitionspolitik der Wiener Stadtwerke habe sich in den Tagen der Energieverknappung bestens bewährt, stellte Stadtwerke-Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) zu Beginn seines Referates über den Rechnungsabschluß der Stadtwerke 1973 fest. Ohne Einschränkungen konnten Haushalte, Gewerbe und Industrie mit Strom und Gas versorgt werden.

In den Krisentagen hätten zudem die viel geschmähten Verkehrsbetriebe durch vollen Einsatz und gigantische Überstundenleistungen klaglos auch jene Passagiere befördert, die plötzlich auf ihr Auto verzichten mußten. Nekula: es sei damit bewiesen, daß eine Großstadt wie Wien ohne ausreichende Nahverkehrsmittel nicht lebensfähig ist.

Die zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik für die Stadtwerke bedürfe eines enormen finanziellen Einsatzes, stellte Nekula sodann fest. Allein für die E-Werke müsse mit Blick auf die in den nächsten acht bis zehn Jahren zu erwartende Verdoppelung des Stromverbrauches mit Investitionen von rund 20 Milliarden S gerechnet werden.

Die E-Werke lieferten 1973 mit 4.223,1 GWh Strom 6,6 Prozent mehr als im Jahr davor. In den eigenen Kraftwerken konnten 62,9 Prozent des Strombedarfes erzeugt werden. Der Gewinn der E-Werke betrug 1973 271,1 Millionen Schilling.

Wesentlich für Krisensituationen sei auch die für heuer in Leopoldau zu erwartende Inbetriebnahme des größten Gasturbinenkraftwerks von Europa. Durch eine Schnellstarteinrichtung könne in vier bis neun Minuten ein zusammengebrochenes Netz wieder aufgebaut werden.

Die Gaswerke schlossen - wegen des milden Winters - mit einer um 4,4 Prozent geringeren Gaslieferung und mit einem Verlust von 30,3 Millionen im Vergleich zu den Budgetansätzen ab. Im Zuge der Erdgasumstellung, die bis 1978 das Problem Nummer 1 der Gaswerke sein wird, wurden 1973 165.269 Gasgeräte in 87.425 Haushalten umgestellt und 57.980 neue Geräte angeschlossen. Die Umstelleistung konnte um 30,9 Prozent gesteigert werden.

Hinsichtlich zusätzlicher Gaslieferungen aus der Sowjetunion stellte Stadtrat Nekula fest, daß leider in naher Zukunft mit weitaus höheren Preisen als bisher zu rechnen sei.

Zur Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe wandte sich Nekula gegen Behauptungen, die Fahrpreise seien die höchsten in Europa. Richtig sei vielmehr, daß die Verkehrsbetriebe, eines der größten Nahverkehrsunternehmen Europas, die am stärksten ermäßigten Sozialtarife gewähren. Die Einnahmen der Verkehrsbetriebe in der Höhe von 1.173 Millionen Schilling deckten 1973 nur 95,7 Prozent des gesamten Personalaufwandes. Es mußte ein Verlust von 589,2 Millionen Schilling verzeichnet werden, der allerdings durch eine Subvention der E-Werke auf 409,2 Millionen Schilling reduziert werden konnte. Die Investitionen in der Höhe von 391,5 Millionen Schilling konzentrierten sich auf die weitere Einführung des völlig schaffnerlosen Betriebes, ein Ziel, das man bis 1980 zu erreichen hoffe.

Bei der städtischen Bestattung konnte ein geringfügiges Ansteigen der Kremationen auf 16,8 Prozent aller Bestattungen registriert werden.

Stadtwerkebilanz

Zum Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke nahm als erster Debattenredner Dkfm. Bauer (FPÖ) Stellung. Er wies auf den Widerspruch zum Wirtschaftsplan hin, der optimistisch einen Gewinn von 68 Millionen Schilling angenommen hatte, während jetzt ein tatsächlicher Verlust von 168 Millionen S ausgewiesen werde. Die Stadtwerke hätten bereits insgesamt Verbindlichkeiten von rund acht Milliarden einzulösen. Allein die jährlichen Zinsen nähmen ein immer bedrohlicheres Ausmaß an. Früher oder später würden die Stadtwerke nicht mehr in der Lage sein, die Schulden zu begleichen. Allein die Anleihe 1974 reiche nicht einmal mehr zur Tilgung und Verzinsung der Schulden aus. Man könne zwar noch nicht von "römischen Zuständen" reden, aber von Tendenzen, die in diese Richtung steuern. Letzten Endes werde die große Subventionsspritze in Aktion treten und werden Tariferhöhungen vorgenommen werden müssen. Letztlich käme das der Verminderung anderer kommunaler Leistungen gleich.

Im einzelnen sei die Situation bei den E-Werken besorgniserregend, weil sie nicht in der Lage seien wie früher finanzielle Unterstützung für die Verkehrsbetriebe zu leisten. Die Anlageverhältnisse seien schlechter als in allen anderen acht Landesgesellschaften, besonders im Netzbereich. Es fehle ein Energie-Konzept.

Die Gaswerke weisen 1973 einen Verlust von 30 Millionen auf. Dieses negative Ergebnis dürfe nicht einfach auf ungünstige Witterungsverhältnisse zurückgeführt werden. Auch bei der Gasversorgung drohe der Bevölkerung eine Tariferhöhung.

Bei den Verkehrsbetrieben sei der Verlust innerhalb eines Jahres von 320 auf 590 Millionen gestiegen. Dabei sei besonders beunruhigend, daß die Ertrags-Kosten-Schere ständig weiter auseinanderklaffe. Der Fahrgastverlust schreite ständig fort. Wenn im Rechnungsabschluß zusammenfassend festgestellt werde, daß sämtliche Kriterien der ungünstigen Entwicklung außerhalb der Einflußsphäre der Stadtwerke lägen, so sei das nicht akzeptabel, Die FPÖ werde dem Bericht nicht zustimmen.

GR. Hirsch (SPÖ) stellte fest, daß man den Bericht über die Wiener Stadtwerke nur mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen könne. Dafür gebühre den Bediensteten - bei ihrem sicher nicht immer leichten Dienst - herzlicher Dank.

GR. Dkfm. Anmann (ÖVP) sprach von einem Unbehagen bezüglich der wirtschaftlichen Situation der Stadtwerke und urgierte deren bisher nach wie vor ausgebliebene Sanierung. Im besonderen seien hier Verluste durch das Steigen des Personalaufwandes und durch die Sozialtarife entstanden.

Auch der Rechnungshof urgierte in seinem Bericht ein Energiekonzept. Dies entspreche einer langjährigen Forderung der ÖVP.

Mit der Investitionspolitik könne seine Partei gerade im Jahre 1973 auf keinen Fall einverstanden sein. Die tatsächlichen Investitionen in der Höhe von rund 1,7 Milliarden seien um 14,7 Prozent unter dem Wirtschaftsplan geblieben. Wenn man bedenkt, daß gerade die Stadtwerke großen Nachholbedarf haben, sei diese Entwicklung bedenklich und die Politik, die zu dieser Entwicklung führte, unverantwortlich. Daher werde seine Fraktion dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen. Die Gebarungüberprüfung des Rechnungshofes könne er im Namen seiner Partei vorbehaltlos bejahen.

Als letzter Debattenredner ergriff GR. Deutsch (SPÖ) das Wort und erklärte, daß die Wiener Stadtwerke eine Funktion zu erfüllen haben, die in der Öffentlichkeit nicht immer die ihr gebührende Anerkennung finde, die ihr eigentlich zustehen würde.

Deutsch hob das sogenannte "Pickerlzeitalter" hervor, in dem sich gezeigt habe, daß die Wiener Stadtwerke auch in Krisenzeiten ihre Aufgaben bestens erfüllt haben.

Der Redner befaßte sich dann mit dem Vandalismus, der nicht nur in Parkanlagen wüte. Es geht auch um mutwillige Zerstörungen in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Für Reparaturen mußten im Berichtsjahr nicht weniger als 2,8 Millionen S aufgewendet werden. Es handelt sich hier besonders um die schaffnerlosen Straßenbahnwagen. Dabei gehe es nicht nur um den finanziellen Schaden, sondern auch um den Ausfall dieser Garnituren.

Im Schlußwort erklärte Stadtrat Nekula (SPÖ) zu einer Äußerung von GR. Bauer (FPÖ), im Vorjahr sei um 4,4 Prozent weniger und nicht um fünf Prozent mehr Gas verkauft worden. Die Stadtwerke hätten zwischen 1955 und 1973 durch Rationalisierungsmaßnahmen eine Personalreduktion von 20.000 auf rund 14.000 Bedienstete erzielt und trotzdem gleichzeitig eine Leistungssteigerung vollbracht. Dies solle ein Privatbetrieb erst vormachen.

Die Energiekrise habe zudem gezeigt, daß dank der Vorsorgepolitik nicht nur die Energieversorgung sichergestellt worden sei, sondern die Stadtwerke haben darüber hinaus durch Verzicht auf ihnen zustehende Öllieferungen die Privatwirtschaft gestützt.

Der Bericht der Stadtwerke enthalte keinerlei Verschleierung, sondern sei schonungslos. Die Verbesserung der finanziellen Situation sei dank der Hilfe der Hoheitsverwaltung möglich gewesen. Die Volkspartei könne jedoch nicht auf der einen Seite gegen höhere Strompreise sein und auf der anderen Seite mehr Investitionen verlangen. Die Investitionspolitik wiederum werde nicht bloß durch die Zuwachsrate eines Jahres, sondern durch den Zuwachs im Durchschnitt einer Zehn-Jahres-Periode bestimmt. Was den Vorverkauf bei den Straßenbahnfahrtscheinen angehe, verfüge Wien durch den Vertrag mit den Trafiken über ein Netz von 1.700 Verkaufsstellen, wie es nirgendwo anders anzutreffen sei.

Nach dem Schlußwort meldete sich GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) zu einer tatsächlichen Berichtigung: Der Jahresbericht spreche eindeutig davon, daß die Gasabgabe im Vorjahr gegenüber 1972 um fünf Prozent höher gewesen sei. Der Stadtrat habe offenbar den tatsächlichen mit dem präliminierten Verbrauch verwechselt.

Daraufhin meldete sich auch Stadtrat Nekula zu einer tatsächlichen Berichtigung und erklärte, der Verlust der Gaswerke von 30 Millionen S sei eben durch eine geringere Gasabgabe von 4,4 Prozent gegenüber dem Voranschlag **zustande gekommen**.

14 Stunden, 17 Minuten

Nach einer Monstersitzung von insgesamt 14 Stunden und 17 Minuten wurdenschließlich um 23,17 Uhr der Rechnungsabschluß der Stadtwerke mit den Stimmen der SPÖ und der Rechnungshofbericht über die Stadtwerke einstimmig angenommen.

Ende des Sitzungsberichtes

L o k a l :

=====

vandalen im kinderfreibad waren kinder

3 wien, 4.7. (rk) die vandalen, die seit wochen nacht fuer nacht das kinderfreibad in der roda-roda-gasse in strebersdorf verwuesten, sind kinder. kriminalbeamte des bezirkspolizeikommissariates floridsdorf forschten mittwoch abend mehrere buben und maedchen aus, die bei einer ersten befragung zugaben, einrichtungsgegenstaende zertruemmet, fensterscheiben zerschlagen und das gitter aufgeschnitten zu haben. weitere erhebungen sind im gange. es ist zu hoffen, dass nun der badebetrieb fuer laengere zeit ungestoert stattfinden kann. an der behebung der schaeden wird zur zeit gearbeitet.

0941

l o k a l :

=====

mehr als 340 'einarmige banditen' beschlagnahmt

6 wien, 4.7. (rk) entgegen anderslautenden meldungen stellen der magistrat, die polizei und die finanzbehoerde fest, dass es sich bei der aktion 'einarmige banditen', um eine durchaus gut organisierte und in bester zusammenarbeit gefuehrte razzia gehandelt hat.

es wurden insgesamt 343 geld- oder warenspielautomaten, fuer die es in oesterreich keine konzession gibt, beschlagnahmt.

allein im wiener prater wurden 288, in wien-wieden 25 und in wien-simmering, 30 spielautomaten eingezogen.

das geld, das sich in den automaten befand - mehr als 110.000 schilling - wurde ebenfalls beschlagnahmt.

zu zeitungsmeldungen, wonach gegen zwei beamte des magistrats, wegen vermuteter beteiligung am gluecksspiel ein disziplinarverfahren eingeleitet worden sein soll, wird festgestellt, dass es in dieser sache weder anzeigen, noch disziplinarverfahren gibt.

ein ehemaliger beamter der ma 7, ist seit mehreren monaten aus dem gemeindedienst ausgeschieden und zum automatenverband uebergewechselt.

schwierigkeiten bei der aktion gab es lediglich beim abtransport der schweren gluecksspielautomaten, da im ersten augenblick zu wenige fahrzeuge vorhanden waren.

wie der vollstreckungsdienst der 'rathaus-korrespondenz' mitteilte, wurden infolge der beschlagnahme der automaten, strafverfahren gegen die besitzer eingeleitet.

erst im verlaufe dieser verfahren wird sich herausstellen, welche der beschlagnahmten automaten tatsaechlich als geldspielautomaten zu bezeichnen sind.

bis dahin allerdings liegen sowohl die 'einarmigen banditen' als auch das beschlagnahmte geld auf 'eis'.

l o k a l :

=====

internationale rosenschau auf der wig 74 eroeffnet

15 wien, 4.7. (rk) in anwesenheit von fuerstin gracia patricia und ihrer tochter prinzession caroline wurden donnerstag in der kurhalle der wig 74 die viertaegige internationale rosenschau eroeffnet. von seiten oesterreichs waren dabei die nationalratspraesidenten dr. maleta und probst sowie landwirtschaftsminister dr. oskar weihs vertreten.

im rahmen der eroeffnungsfeier wurden vier rosenneuheiten getauft: in kraeftigen rosatoenen mit den namen ''stadtrat heller'' und ''wienerwald'' sowie in intensiven gelbtoenen mit den namen ''oskar weihs'' und ''anni daeneke''.

1459

k u l t u r :

=====

karl kraus-manuskripte fuer die stadtbibliothek

1 wien, 4.7. (rk) eine wesentliche bereicherung erfuhr das karl kraus-archiv der wiener stadtbibliothek knapp vor ende der am letzten wochenende ausgelaufenen karl kraus-ausstellung im musikvereinsgebaeude.

doktor hans r o e d e r uebergab der wiener stadtbibliothek, die das karl kraus-archiv verwaltet, bisher in seinem besitz befindliche manuskripte im gesamtumfang von cirka tausend seiten. unter diesen aufzeichnungen befindet sich das komplette manuskript fuer die "fackel", die im juli 1934 unter dem titel "warum die fackel erscheint" ediert wurde. ausserdem sind in diesem konvolut auch noch handschriften und erste entwuerfe von gedichten zu "worte in versen" sowie umfangreiche manuskriptteile zu den letzten tagen der menschheit enthalten.

0919